
Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Verkehrsausschuss	13.12.2018	öffentlich	Bericht

Betreff:

**Lieferverkehr in der Fußgängerzone
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.08.2018**

Anlagen:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.08.2018
Bericht

Bericht:

Die SPD-Stadtratsfraktion hat einen Bericht über die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zum Befahren der Fußgängerzonen außerhalb der Lieferzeiten sowie über den Sachstand der Lastenrad-Pilotprojekte beantragt.

Es wird über die Gründe für Ausnahmegenehmigungen zum Befahren der Fußgängerzonen außerhalb der Lieferzeiten berichtet, die sowohl als Jahresgenehmigungen als auch in Form von Kurzzeitgenehmigungen erteilt werden. An die Erteilung der Ausnahmegenehmigungen werden strenge Anforderungen im Hinblick auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit gestellt. Ein Verstoß gegen Bedingungen und Auflagen kann zum Widerruf der Ausnahmegenehmigung führen. Die Polizei überwacht die Einhaltung der Lieferzeiten mit hohem personellen Aufwand. Ab November 2018 sind gemeinsame Kontrollen der Polizei und des Zweckverbands Kommunale Verkehrsüberwachung geplant.

Über die Lastenrad-Pilotprojekte wurde im RWA am 24.10.2018 ausführlich berichtet. Die Umstellung der Belieferung auf Lastenräder trägt deutlich zur Entlastung der Innenstadt vom Kfz-Verkehr bei. Eine Ausweitung auf weitere Paketdienstleister und Branche wäre daher wünschenswert.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Nutzungsqualität der Fußgängerzonen betrifft alle sich dort aufhaltenden Personen gleichermaßen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 SÖR
 Ref.VII

